Sensationelle Vorgänge in Rußland.

Zusammentritt und Auflösung der Konstituante.

Nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten und nachdem die Wahlen glücklich beendet worden waren, ist am verflossenen Freitag nachmittags im Taurischen Palast in Petersburg die verfassunggebende Versammlung (Konstituante) von dem Vorsitzenden des Hauptausschusses der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte Sverdlow eröffnet worden, der eine Erklärung des Hauptausschusses verlas. Die Versammlung wählte Tschernow mit 244 gegen 151 Stimmen, welche auf Frau Spiridonowa fielen, zum vorläufigen Vorsitzenden.

Aber nicht lange sollte die Konstituante sich ihres Daseins freuen. Die Ptb. Telegr.-Agentur vom Sonnabend meldet, daß, nachdem die verfassunggebende Versammlung nach anderthalbstündiger Beratung gegen die Erklärung des ausführenden Zentralausschusses abgestimmt hatte, die Bolschewiki sich entfernten. Die verfassunggebende Versammlung wollte nicht die Art und Weise billigen, in der die Friedensverhandlungen von den Sowjets, die den Saal verlassen hatten, geführt wurden. Um 4 Uhr morgens wurde die Versammlung von Matrosen aufgelöst. Es ist ein Erlaß erschienen über die Auflösung der verfassunggebenden Versammlung.

Blutige Ereignisse vor der Eröffnung der Konstituante.

Reuter meldet aus Petersburg vom Freitag: Die gesetzgebende Versammlung wurde um 4 Uhr nachmittags durch den Präsidenten des Zentralkomitees aller Sowjets eröffnet. Vier Stunden vorher griff eine maximalistische Truppe eine Prozession des Bundes zur Verteidigung der gesetzgebenden Versammlung an und riß die Fahne herunter. Dem ersten Befehl zum Feuern wurde durch Maschinengewehrfeuer Folge geleistet. Mehrere Personen wurden getötet, unter ihnen ein Mitglied des ausführenden Ausschusses der Bauerndeputierten, Boganow. Viele Personen, darunter verschiedene Frauen, wurden verwundet.

Trotzki, der Leiter der russischen Delegation in Petersburg, hat sich bekanntlich inzwischen nach Petersburg begeben. Hoffentlich gelingt es ihm, die Ordnung wieder herzustellen.

Annullierung der auswärtigen Anleihen in Rußland.

Der Rat der Volkskommissäre hat dem ausführenden Zentralkomitee der Sowjets einen Erlaß zur Genehmigung vorgelegt, wonach alle auswärtigen Anleihen unbedingt und ohne Ausnahme annulliert werden.

Im englischen Unterhause gab Minister Bonar Law bekannt, daß die Regierung den Umtausch gewisser russischer Schatzwechsel geregelt habe, falls diese notleidend werden. Es sollen dafür dreiprozentige englische Schatzbonds mit zwölfjähriger Laufzeit zum Nominalkurse gewährt werden. Da der Preis dieser Schatzbonds 82 Prozent wäre, so entspricht dies einer Prämie von 18 Prozent für die Sicherstellung wegen Verluste aus den russischen Schatzwechseln. Die Summe, um die es sich handele, belaufe sich auf 17½ Millionen Pfund Sterling.

Die Verhandlungen zwischen Rußland und der Ukraine abgebrochen!

Nach einer Petersburger Havasmeldung haben die Volkskommissare beschlossen, die Verhandlungen zwischen dem Smolny-Institut und der ukrainischen Rada abzubrechen, weil die Rada auf das Verlangen der Volkskommissare, jede direkte und indirekte Unterstützung Kaledins einzustellen, keine Antwort erteilt haben. Alle Verantwortung für die Fortsetzung des Bürgerkrieges falle daher auf die Rada. Nach der Zeitung „Heure de Soir" telegraphierte der Sekretär der Rada an alle ukrainischen Truppen, sich bereit zu halten, die Unabhängigkeit der Ukraine zu verteidigen und alle russischen Truppen zu verhindern, in die Ukraine einzudringen.

Straßenkämpfe in Odessa.

Meldungen aus Petersburg zufolge ist in den Straßen von Odessa zwischen ukrainischen und maximalistischen Truppen eine richtige Schlacht entbrannt. Die Ukrainer halten das Theater und das Gebäude der Rada besetzt. Das Gewehrfeuer hat sich auf die ganze Stadt ausgedehnt. Der Kreuzer „Sinope" und andere Schiffe sind in die Reede eingelaufen und haben das Feuer eröffnet.

Verbot der Bildung nationaler Truppenteile in Rußland.

Das Stockholmer Estnische Büro teilte dem Vertreter des W. T. B. mit, der russische Oberbefehlshaber Fähnrich Krylenko, habe durch Befehl die Bildung nationaler Truppenteile verboten. Dies Verbot, das die Herstellung eines russischen Heeres alter Art bezweckt, geht auf die schlechten Erfahrungen der Maximalisten mit den nationalen Truppenteilen zurück. Die Zusammenfassung der estnischen Truppen der verschiedenen Waffengattungen und der organische Aufbau einer estnischen Armee schreitet planmäßig fort.

Eine russische Falschmeldung.

Die russische Zeitung „Wetsch Ischas" meldet, daß deutsche Unterseeboote bei Trapezunt Transportdampfer mit russischen Truppen versenkten. Die Meldung ist eine böswillige Erfindung, welche zu dem Zwecke verbreitet wird, die Friedensverhandlungen zu stören.

Hungersnot in Rußland.

Nach zuverlässigen Nachrichten aus Rußland herrscht in den Gouvernements Nowgorod, Kostroma, Wladimir, Smolensk, Moskau, besonders Orenburg und Turkestan, Hungersnot. Der Volkskommissar in Verpflegungsangelegenheiten hat eine Verfügung gegen die Anarchie im Verkehrswesen erlassen. Die Verpflegung besonderer Provinzen und der Front sei bei den jetzigen Zuständen unmöglich. Die Rote Garde und revolutionäre Freiwillige sollen die Ordnung des Bahnverkehrs wieder herstellen.

Wladiwostok und Charbin in Händen der Bolschewiki.

„Daily Mail" meldet aus Tientsin vom 16. d. M., der Telegraph in Wladiwostok und Charbin sei in den Händen der Bolschewiki. Mehrere Schiffe liegen bereit, um die Japaner in Sicherheit zu bringen, falls die Lage dies erfordern sollte. Ein japanisches Kriegsschiff ist in Wladiwostok eingelaufen.

Die Kriegsmüdigkeit der russischen Soldaten.

Wie die Pariser „Liberte" meldet, hatte Lenin an sämtliche Soldaten eine Umfrage richten lassen, ob sie den Krieg fortsetzen würden, falls die Mittemächte die russischen Friedensbedingungen ablehnen würden. Die Soldaten sollen hierauf fast einstimmig geantwortet [illegible] sie würden vorziehen, daß die Deutschen die Ostseeprovinzen annektieren, als daß der Krieg fortgesetzt werde.

Ein Minister verurteilt.

Reuter meldet: Der frühere Minister Purischkewitsch ist zu vier Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Wenn er sich jedoch am Ende dieses Jahres einverstanden erklärt, sich jeder Tätigkeit gegen die Bolschewiki zu enthalten, soll ihm der Rest der Strafe erlassen werden.

Ein Prozeß gegen den Exzaren?

Dem „Tjen" zufolge hat der Vollzugsausschuß der Bauernräte beschlossen, beim Vollzugsausschuß der Sowjets folgenden Antrag zu stellen: Die Familie Romanow soll unverzüglich von Tobolsk nach Kronstadt oder Petersburg übergeführt werden. Außerdem sollen alle noch in Freiheit befindlichen Mitglieder der Familie Romanow verhaftet werden. Es soll eine außerordentliche Untersuchungskommission zur Ausarbeitung einer Anklage eingesetzt und darauf die Familie Romanow vor einem Revolutionstribunal angeklagt werden. Alles soll unverzüglich erfolgen, so daß sofort nach der Ankunft des Exzaren in Petersburg seine Verbrechen untersucht werden. Es heißt, der Vollzugsausschuß der Sowjets sei zum Entgegenkommen gegen diese Forderung bereit.

Aus dem englischen Unterhause.

Geheimsitzung des Unterhauses.

Eine amtliche Meldung über eine Geheimsitzung des Unterhauses teilt mit: Nach einer Rede von Lloyd George wurde die zweite Lesung des Gesetzes über den Mannschaftsersatz ohne namentliche Abstimmung geschlossen. Das Haus vertagte sich.

Der „Niederbruch" von Cambrai.

Im Unterhause stellte Bonar Law als Ergebnis der von Feldmarschall Haig angestellten Untersuchung, das dann vom Generalstab und dem Kriegskabinett noch geprüft worden sei, über die Ereignisse an der Cambrai-Front am 30. November fest, daß die Regierung der Meinung sei, daß das Oberkommando durch den Angriff nicht überrascht worden sei, und daß alle geeigneten und passenden Maßnahmen getroffen gewesen seien, um ihm zu begegnen. Die Regierung betrachte es als im hohen Grade schädlich, für das öffentliche Interesse eine öffentliche Diskussion über den Niederbruch, der zweifellos eingetreten sei, zu veranstalten und habe sich damit zufrieden gegeben, alle Maßnahmen, die getroffen worden seien, gutzuheißen, um einer derartigen Lage in Zukunft gewachsen zu sein.

Ausbau des englischen Hilfsdienstgesetzes.

Im Unterhaus beantragte Hayes Fisher die zweite Lesung des Zusatzgesetzes über die nationale Rekrutierung und erklärte, diese Maßnahme bezweckte, das internationale Hilfsdienstgesetz zeitgemäß auszugestalten. Das ursprüngliche Gesetz habe die Eintragung derjenigen nicht vorgesehen, welche nach dem 5. August 1915 15 Jahre alt wurden. Man schätze, daß heute 750000 junge Leute zwischen 15 und 17½ Jahren vorhanden seien. Es sei nicht beabsichtigt, junge Leute unter 19 Jahren an die Front zu schicken, aber sie seien unverkennbar für industrielle Zwecke nützlich. Es werde auch vorgeschlagen, die Angehörigen der Flotten- und militärischen Streitkräfte in Listen einzutragen, welche, wenn auch zu weiterem Kampfe untauglich, doch zu irgendwelcher industriellen Beschäftigung fähig seien und eine solche wünschten. Es sei kein neuer Grundsatz in dem Gesetz enthalten.

Eine Unterhausanfrage über den Griechenkönig.

Im Unterhaus fragte Lynch an, ob die Regierung wisse, daß sich König Konstantin in der Schweiz aufhalte und von einer Gruppe deutscher, überaus tätiger Propagandisten umgeben sei darunter von Theotokis dem ehemaligen griechischen Gesandten in Berlin, und daß dieser wieder in ständiger Fühlung mit Bülow und dem Fürsten Hohenlohe sei. Ferner fragte Lynch an, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenke, um diese Treibereien zu durchkreuzen. Balfour erklärte, seine Informationen stimmten im allgemeinen mit den Erklärungen des Abgeordneten überein, und die Regierung treffe alle in ihrer Macht stehenden Maßnahmen, um diese Propaganda zu hintertreiben.

Da sind wir aber gespannt, was die Engländer dagegen tun wollen!

Die Folgen des Falles Caillaux.

Große Tumulte in der französischen Kammer.

Wie aus ausführlichen Berichten der Lyoner Presse über die Sitzung der französischen Kammer am Freitag zu entnehmen ist, verlief diese von Anfang bis zu Ende unter ungeheurer Erregung. Von der ersten Interpellation Poncets bis zur letzten kam es zu ständigen Zusammenstößen zwischen den Royalisten und den Sozialisten. Der Kammerpräsident hob die Sitzung auf und ordnete die Räumung der Tribünen an. Als Pugliesi Conti von der Rednertribüne unwillig herabstieg, stürzte sich der Sozialist Mayeras auf ihn. Eine große Anzahl Deputierter und Diener des Hauses versuchten, die Kämpfenden zu trennen. Es kam zu einem regelrechten allgemeinen Handgemenge. In den Tumult hinein ertönte die Alarmglocke der Kammer. Die Räumung der Kammer, des Sitzungssaales, der Tribünen und der Wandelgänge konnte nur langsam erfolgen. Die Türen des Sitzungssaales wurden verriegelt und die Sitzung nach dreiviertelstündiger Unterbrechung wieder aufgenommen.

Ein Vertrauensvotum für die Regierung.

Nach einer Meldung der Agence Havas griff im Verlaufe der Kammersitzung Pugliesi Conti die Sozialisten an, worauf der Präsident ihm das Wort entzog und die Sitzung für einige Minuten aufhob. Nach Wiedereröffnung der Sitzung nahm die Kammer eine von der Regierung gebilligte Tagesordnung Paisant an, in welcher es heißt: Die Kammer drückt ihr Vertrauen zur Regierung aus, daß diese die republikanischen Einrichtungen durch strenge Anwendung des Gesetzes schützen werde, und geht zur Tagesordnung über. Clémenceau erklärte, die Regierung sei entschlossen, alle antirepublikanischen Umtriebe zu verfolgen, mögen sie nun bonapartistische oder monarchistische sein oder von einem Bürger herrühren, dem es einfallen sollte, zu seinem persönlichen Vorteil gegen die Republik Verschwörungen anzuzetteln. Der Teil der Tagesordnung, welcher der Regierung das Vertrauen aussprach, wurde mit 404 gegen 1 Stimme angenommen und darauf die Sitzung aufgehoben.

Gegen Clémenceau.

Der sozialistische Abgeordnete Brizon erklärt im „Journal du Peuple": Als Clemenceau die Regierung übernahm in einer Stunde, wo alle Völker den Frieden ersehnen, wurde jede Friedenshoffnung zerstört. Die Millionen junger Leute lassen den 80jährigen Greis kühl. Wenn er durch das Sprachrohr Pichon jede Besprechung über Friedensziele ablehnt, so stimmen in der Sitzung 400 Abgeordnete zu, nicht aber in den Wandelgängen. Bei diesem System wird der Krieg erst aufhören, wenn niemand mehr kämpfen kann. Es ist verbrecherisch, jetzt von Frieden zu sprechen, rufen unsere Stubenhocker aus, ich aber appelliere an unsere Frontsoldaten, die gegenteiliger Meinung sind. Wenn die deutschen Vorschläge wirklich eine Falle wären, würde dies der Ententediplomatie nicht entgehen, man würde sich alsdann einem Frieden nähern, der nichts Demütigendes für Frankreich hätte. Das furchtbare Blutbad würde aufhören; aber so, wie die Dinge heute liegen, wird jeder, der für den Frieden eintritt, als Vaterlandsverräter gebrandmarkt.

Schweden unter dem Entente-Druck.

Ein gefährlicher W[illegible]

Amerikas Drosselpolitik gegen die Neutralen scheint auch bei Schweden ihr Ziel erreichen zu sollen. Die schwedisch-amerikanischen Verhandlungen sind dem Abschluß nahe, und wie aus den Mitteilungen der schwedischen Presse hervorgeht, scheint Schweden geneigt, dem Druck der Entente nachzugeben und der Entente einen Teil seiner Handelsflotte zu überlassen. Rechtsstehende schwedische Blätter greifen die Regierung deshalb an und weisen darauf hin, daß ein solches Abkommen geeignet ist, die Handelsinteressen des Landes aufs schwerste zu schädigen. Die Handelsflotte würde durch diese Abgaben vollkommen — auch gegenüber den schwedischen Brudervölkern — ins Hintertreffen geraten.

Dank wird das Land für sein Entgegenkommen von der Entente kaum ernten. England hat ihm erlaubt, in Norwegen Heringe zu kaufen (die es selbst nicht haben will) und Amerika wird gestatten, daß Schweden die Waren, die es in den Vereinigten Staaten gekauft und bezahlt hat, und die in den atlantischen Häfen liegen, auf eigenen Schiffen heimholt. Ist dieser Vorrat erschöpft, so wird Schweden wieder vor dem Nichts stehen und neuem Druck preisgegeben sein — noch wehrloser als diesmal, da es dann nur geringere Gegenleistungen bieten kann.

In der Tat ist der Weg, den Schweden zu beschreiten im Begriff ist, äußerst gefährlich. Bis jetzt hat das Land eine geradezu musterhafte Neutralität bewahrt. Der Schritt, den es jetzt vor hat, wäre aber kaum noch mit Neutralität zu vereinbaren und müßte von unserer Seite als sehr unfreundlich angesehen werden. Die Regierung sollte es sich sehr ernstlich überlegen, ob sie sich auf einen abschüssigen Weg begeben will, auf dem es — wie auch das Beispiel Griechenlands beweist, nach dem ersten Schritt kein Halten mehr gibt.

Polnische Reise-Eindrücke:

Aeußerungen der Warschauer Regierung.

Polnische Blätter bringen eine Mitteilung des Presse-Büros beim politischen Departement der polnischen Regierung, das sich eingehend mit der Reise des Regentschaftsrats nach Berlin und Wien befaßt. Die erreichten Vorteile werden als erheblich bezeichnet. In erster Reihe habe die persönliche Begegnung mit dem Deutschen Kaiser und dem Kaiser von Oesterreich die Möglichkeit geboten, ihnen den tatsächlichen Stand der Dinge im Königreich Polen darzulegen und zugleich die Vorschläge zu machen, welche sich aus diesem Tatbestande ergäben. Ein günstiges Ergebnis ersten Ranges sei die Fühlungnahme mit Polen der verschiedenen Teilgebiete. Die persönlichen Unterredungen mit den Mitgliedern der polnischen Fraktion im deutschen Parlament waren danach nicht unfruchtbar, sie erkannten die Hauptlinien des Bestrebens der polnischen Regierung unter ihren besonderen Verhältnissen als berechtigt an. Besprochen wurden in Berlin die polnische Heeresfrage und ihre Organisation auf nationaler Grundlage, sowie die Organisation des Staatsrates, die Uebernahme der Verwaltung und die Frage der polnischen Vertretungen im Auslande. Die Frage der Teilnahme der polnischen Regierung an den Frie-